
Heinz Bierbaum/Michael Wendl: Abschied von der Einheitsgewerkschaft?

Dr. Heinz Bierbaum, geb. 1946, Studium der Soziologie und der Betriebswirtschaft in Freiburg und Berlin, war Mitarbeiter der Abteilung Wirtschaft in der IG Metall-Vorstandsverwaltung. Seit Juni 1990 ist er 1. Bevollmächtigter der IG Metall Verwaltungsstelle Frankfurt/M. Michael Wendl, geb. 1950, Studium der Soziologie in München und Berlin, ist seit 1989 Gewerkschaftssekretär beim ÖTV-Bezirk Bayern.

An der von Dieter Wunder initiierten Diskussion um das gewerkschaftspolitische Selbstverständnis, in die sich inzwischen mit Karlheinz Blessing, Norbert Römer und Hinrich Oetjen Exponenten unterschiedlicher innergewerkschaftlicher Strömungen eingeschaltet haben,¹ fällt zunächst auf, daß hier eine von der Praxis der Interessenvertretung weitgehend abgehobene, überwiegend ideologisch argumentierende Debatte ohne Zusammenhang mit den realen sozioökonomischen und politischen Bedingungen, mit denen sich heute und in naher Zukunft die gewerkschaftliche Interessenvertretung auseinandersetzen muß, geführt wird. Außenstehende mag überraschen, daß eine solche Diskussion als ideengeschichtlicher Streit und nicht als theoretische Reflexion oder als politische Bilanz der praktischen Erfahrungen der sozialen Auseinandersetzungen der letzten Jahre geführt wird. Wer die gewerkschaftspolitische Debatte der letzten 15 Jahre genauer verfolgt hat, wird allerdings weder von der ideologischen Abgehobenheit, noch von dem teilweise missionarischen Eifer, mit dem hier gepredigt wird, überrascht sein, wurden doch grundlegende politische Differenzen in der jüngeren Vergangenheit mit teilweise identischen Thesen geführt.²

Im folgenden soll dagegen versucht werden, die in dieser Debatte wieder aufgebrochene Kontroverse auf die faktischen politischen Anforderungen, die sich an eine moderne Gewerkschaftspolitik stellen, zu gründen. Dabei muß auch die Entwicklung in der DDR einbezogen werden, die ja letztlich Anlaß für die Debatte war.

1 Siehe: D. Wunder, Der Zusammenbruch des „realen Sozialismus“ und das Selbstverständnis der Gewerkschaften, in: GMH12/1989; K. Blessing, „Die Wirklichkeit drängt zum demokratischen Sozialismus“, in: GMH 1/1990; N. Römer, Politik sozialer Partnerschaft - Stellungnahme zur gewerkschaftlichen Sozialismus-Debatte, in: GMH 4/1990; H. Oetjen, Vom perfekten Gegenentwurf haben alle die Schnauze voll, in: Die Mitbestimmung Nr. 3/1990.

2 Römer und Oetjen knüpfen wieder an die Debatte um die sog. kommunistische Unterwanderung der DGB-Gewerkschaften an, die 1976 als Streit um die Thesen der DGB-Bundesjugendschule Oberursel aufgenommen wurde. Ursprünglich handelte es sich um eine Auseinandersetzung zwischen sozialistischen Strömungen innerhalb der DGB-Gewerkschaften, die von Seiten der „Oberurseier“ jedoch nicht argumentativ, sondern bloß denunziatorisch geführt wurde. Das wird jetzt wieder reaktiviert und ist eine inhaltliche Auseinandersetzung nicht wert.

Die Gewerkschaften in der Defensive

Die achtziger Jahre markieren das Jahrzehnt der verteilungspolitischen Niederlagen der bundesdeutschen Gewerkschaften. Gesamtwirtschaftlich gesehen fiel die bereinigte Lohnquote, die als Gradmesser für das nationale Verteilungsverhältnis von Kapital und abhängiger Arbeit genommen werden kann, auf den tiefsten Stand seit 1950.³ Bei Betrachtung der Individual-einkommen ergibt sich ein etwas differenzierteres Bild. Während die Arbeits-einkommen im privaten Unternehmenssektor insgesamt real stiegen, gab es Realeinkommensverluste im öffentlichen Dienst.

Wertet man dagegen die Arbeitszeitverkürzung als integralen Teil der Verteilungsaueinandersetzungen, ergibt sich ein wesentlich modifiziertes Bild. Insbesondere die Industriegewerkschaften Metall und Medien (Druck und Papier) konnten durch die faktische Durchsetzung der 37-Stunden-Woche die Rückschläge bei der Einkommenstarifpolitik spürbar reduzieren, während die Mehrheit der DGB-Gewerkschaften sowohl geringe Arbeitszeitverkürzungen als auch niedrige Einkommenserhöhungen akzeptieren mußten. Bezogen auf die gesamte Tarifbilanz gibt es innerhalb der DGB-Gewerkschaften relativ erfolgreiche und relativ erfolglose Einzelgewerkschaften, wobei IG Metall und IG Druck und Papier stellvertretend für die anderen Einzelgewerkschaften die Öffnung zur 35-Stunden-Woche durch die Arbeitskämpfe von 1984 geöffnet haben. Wird dies rekapituliert, so ist Wunders Feststellung, es werde sich eher das Modell der Sozialpartnerschaft der IG Chemie als die „antikapitalistische Rhetorik“ der IG Metall als gewerkschaftspolitisch erfolgreich erweisen,⁴ geradezu grotesk.

Trotz der differenziert zu bewertenden Tarif erfolge in der Arbeitszeitfrage - so hat der öffentliche Dienst die Arbeitszeitverkürzung von 1,5 Stunden pro Woche mit Reallohnverlusten bezahlt - haben die Gewerkschaften in den Auseinandersetzungen um Deregulierung und Flexibilisierung die Hegemonie der neokonservativ-liberalen Politik hinnehmen müssen. Die Änderung des § 116 Arbeitsförderungsgesetz (AFG), die Erleichterung befristeter Arbeitsverträge durch das Beschäftigungsförderungsgesetz, die Novellierung des Betriebsverfassungsgesetzes, die Gesundheitsreform, das Rentenreformgesetz markieren insgesamt eine deutliche Verschlechterung der politischen und rechtlichen Rahmenbedingungen gewerkschaftlicher Interessenvertretung. Auch in den Branchen- und Strukturkrisen an Rhein und Ruhr, das heißt bei der Kohle- und Stahlproduktion, haben sich die neokonservativen Konzepte gegen gewerkschaftlichen Widerstand ebenso durchgesetzt wie bei der Neuordnung der Bundespost oder bei der Neuregelung der Ladenschlußzeiten. Dabei steht fest, daß es ohne den zum Teil massiven gewerkschaftlichen Widerstand noch weitergehende Deregulierungen gegeben hätte.

3 Die bereinigte Lohnquote sank 1989 auf 64,1 Prozent. 1975 lag sie auf ihrem Höhepunkt bei 71,5 Prozent. Sie fiel erst ab 1981 (70,9 Prozent) dramatisch.

4 Wunder, S. 716.

Schließlich ist nicht zu verkennen, daß von den beschäftigungs- und strukturpolitischen Initiativen insbesondere der IG Metall wesentliche Impulse für regionalpolitische Programme und Aktivitäten ausgingen. Sie verliehen der Arbeitsmarkt-, Regional- und Strukturpolitik neuen Auftrieb, auch wenn im einzelnen den gewerkschaftlichen Vorschlägen nicht gefolgt wurde.⁵

An der Defensivposition der Gewerkschaften ändert dies freilich nichts. Berücksichtigt man das zu Lasten der Gewerkschaften verschobene politische Kräfteverhältnis, so müssen die aktuellen Kompromisse in der Arbeitszeitfrage als politischer Erfolg gewertet werden. Dies gilt gerade auch für die jüngsten Tarifabschlüsse in der Metall- und in der Druckindustrie. Mit der 35-Stunden-Woche wird das zentrale und von den Unternehmen und neoliberalen wie konservativen Politikern zum Tabu erklärte gewerkschaftliche Arbeitszeitziel tarifvertraglich verankert.

Soziale Marktwirtschaft in der DDR?

Bei der Einschätzung der ökonomischen und sozialen Perspektiven der Durchsetzung eines marktwirtschaftlichen Modells in der DDR überwiegen in der politischen Diskussion zwei Szenarien: einmal die von der neoklassischen Wirtschaftsdoktrin ausgehende Sichtweise, daß nach einer ersten Phase relativ hoher Arbeitslosigkeit mit insgesamt sinkenden Löhnen, die durch hohe Gewinnerwartungen ausgelösten Investitionen zu einem raschen Aufholen des Produktivitätsrückstandes der DDR-Wirtschaft und einer schnellen Umstrukturierung und Integration der DDR-Ökonomie in die in der BRD dominierende Industriestruktur führen können. Insbesondere im Aufbau einer mittelständisch geprägten Unternehmensstruktur und in der drastischen Ausweitung des Dienstleistungssektors werden neue Beschäftigungschancen gesehen. Inzwischen wird kaum noch bestritten, daß in dieser Aufbauphase mit einer Massenarbeitslosigkeit zwischen 1,5 und 3 Millionen Arbeitslosen gerechnet werden muß, eine Summe, die sich aus der Ausgrenzung leistungsschwächerer Werkträger in den Unternehmen und Betrieben insgesamt und einer „Übergangsarbeitslosigkeit“ durch das drastische Schrumpfen ganzer Industriesektoren beziehungsweise -branchen, die im Rahmen der interindustriellen Arbeitsteilung mit der BRD technisch überholt beziehungsweise kapazitär überflüssig sind. Hierzu zählen insbesondere die Stahl-, die chemische-, die Automobil-, die Textil- und die Papierherstellungsindustrie. Im neoklassischen Szenario wird diese Arbeitslosigkeit als bloß vorübergehende Größe, die durch sozialpolitische Transfers abgefedert werden muß, angesehen.

Ein optimistischeres Bild ergibt sich aus der kreislauftheoretischen Sichtweise mancher Keynesianer. Durch den Wegfall des Systems der administrierten Preise soll gesamtwirtschaftlich eine deutliche Reduktion der Produzentenpreise und auf der Basis einer raschen Produktivitätssteigerung ein

⁵ Vgl. IG Metall, Strukturpolitische Alternativen zur gesellschaftlichen Arbeitslosigkeit, Frankfurt/M.

Ansteigen der Arbeits- und Sozialeinkommen möglich sein. Die so steigende konsumtive Nachfrage soll ohne große ökonomische und soziale Brüche die DDR-Wirtschaft aus ihrem realwirtschaftlichen Elend ziehen. Für dieses optimistische Szenario⁶ spricht in der Realität sehr wenig. Allein das Volumen der Subventionen bei den Gütern und Dienstleistungen der Grundversorgung war mit 57,5 Milliarden Mark mehr als doppelt so hoch wie die Summe der produktverteuernden Abgaben mit 23 Milliarden Mark.⁷ Die Einfuhr preisniedriger BRD-Waren ermöglicht zwar die Erweiterung des privaten Konsums, verringert jedoch die Absatzchancen der vergleichbaren DDR-Produkte entsprechend.

Die keynesianische Vision einer analogen Entwicklung von Produktion und Nachfrage kann nur funktionieren, wenn es zu einem hohen Ausmaß makroökonomischer Steuerung von Angebot, Nachfrage und Geldmenge kommt. Insbesondere die in der DDR zu erwartenden Strukturkrisen, also der Verfall ganzer Wirtschaftssektoren müßte durch einen sozial flankierten Umbau, das heißt einen hohen Grad der wirtschafts- und sozialpolitischen Regulierung gestaltet werden. In dieser Hinsicht gibt es bei den großen Parteien nicht nur keine Konzepte, sondern zum Teil ausgeprägte Antipathien. Sehr viel wahrscheinlicher ist, daß es kurzfristig in der DDR zu einer deutlichen Differenzierung zwischen den Unternehmen und Betrieben kommen wird. Einmal wird es einer Minderheit nach zum Teil sehr schmerzhaften Anpassungsprozessen gelingen, auf den internationalen Märkten konkurrenzfähig zu sein, was für die dort Beschäftigten deutlich steigende Löhne ermöglicht. Ein zweiter Teil der Betriebe wird sich als „verlängerte Werkbank“ in die intraindustrielle Arbeitsteilung mit der BRD-Industrie einfügen können, was die Beibehaltung einer lohnintensiven Fertigung mit entsprechend niedrigen Löhnen bedeutet. Ein dritter Teil der Betriebe wird sich auf mittlere Frist entweder auflösen oder komplett umstrukturieren müssen. Das „Wohlstandsgefälle“ gegenüber der BRD wird, allerdings neu gegliedert, fortbestehen. Hochqualifizierte und leistungsfähige Werktätige werden auf dem DDR-Arbeitsmarkt neue Chancen in den wettbewerbsfähigen Sektoren erhalten, während für die weniger mobilen und leistungsschwächeren abhängig Beschäftigten weder der BRD- noch der DDR-Arbeitsmarkt befriedigende Perspektiven bieten kann. Die zu erwartende hohe Arbeitslosigkeit in der DDR wird über die damit verbundene Konkurrenz zwischen Beschäftigten und Unbeschäftigten insgesamt lohndrückend wirken, einen Effekt, den wir insbesondere in der BRD⁸ während der achtziger Jahre erfahren haben. Daß niedrige Löhne in einem Teil einer Wirtschafts- und Währungsunion zu einem Druck auf die gerade relativ niedrigen Löhne in den lohnintensiven Bereichen der anderen Regionen führen werden, während hohe Arbeitseinkommen in den kapitalintensiven Wirtschaftssektoren eher unberührt bleiben, solange die Nach-

6 Siehe H J Krupp, Währungsunion - eine Chance für viele in Vorwärts Magazin 2/90, H Küchle, Massenflicht stoppen, WSI für Währungsunion, in Die Quelle 4/90.

7 DIW-Wochenbericht 51 52/89, S 638.

8 H Ganssmann, Sog-Effekte durch Arbeitslosigkeit, in PROKLA Nr 77 (Nr 4/1989).

frage nach hochqualifizierten Arbeitskräften anhält, ist nach den bisherigen Erfahrungen mit den Zusammenhängen von Arbeitsmarktprozessen und Lohnbildung naheliegend. Wenn also von dieser Seite her die Lohnquote weiter unter Druck gerät, was auch bei einer kurzfristigen Arbeitslosigkeit von „nur“ 1,5 Millionen registrierter Arbeitsloser in der DDR zu einem Ansteigen der gesamtdeutschen Arbeitslosenquote von 8 auf über 10 Prozent - die nicht registrierten Arbeitslosen der „stillen Reserve“ nicht gerechnet - führen wird, dürfte es tarifpolitisch immer schwieriger werden, steigende Löhne, kürzere Arbeitszeiten und bessere Arbeitsbedingungen durchzusetzen.

Gegen jeglichen Optimismus in der Frage der Beschäftigung spricht noch eine weitere Überlegung. Angesichts des hohen Kapitalbedarfs wird sich der Anstieg der Zinsen verfestigen, was sich in einer Verlangsamung der Realkapitalakkumulation ausdrücken wird. Angesichts rezessiver Tendenzen in der kapitalistischen Weltökonomie, wenn man die Konjunkturentwicklung in USA, Großbritannien oder Japan und die Zeitdauer des letzten industriellen Zyklus (1982-90) berücksichtigt, spricht einiges dafür, daß die Umgestaltung der DDR-Wirtschaft in eine Phase des Abgleitens in eine weltweite Rezession fällt. Nur bei oberflächlicher Sichtweise kann der erweiterte deutsche Binnenmarkt als Chance für eine gegenläufige ökonomische Tendenz, als antizyklische Perspektive aufgefaßt werden. Ein durch eine Rezession bedingter Anstieg der Zinsen und ein Rückgang des Exportüberschusses führt marktwirtschaftlich gesteuert zu einer Verlangsamung der Produktion und nicht zu einer Expansion. Umgekehrt müßte staatliche Wirtschafts- und Finanzpolitik gegen die Verlangsamung der industriellen Produktion eine massive öffentliche Investitionsoffensive starten, um sich gegen die kontraktiven Tendenzen einer rezessiven Konjunktur durchsetzen zu können. In der längeren Frist könnte ein dadurch stimuliertes zweites „Wirtschaftswunder“ in Gesamtdeutschland entstehen. Gegen diese Vision - für die keine politischen Mehrheiten absehbar sind - spricht die hohe Einbindung oder besser, die führende Position der BRD-Ökonomie auf den internationalen Märkten, die nicht wegen einer so vagen Perspektive aufgegeben werden wird. Wir meinen, daß sich in der mittleren Frist das neoklassische Modell einer Kombination hoher Zinsen und niedriger Löhne durchsetzen wird, das allerdings mit hohen öffentlich zu finanzierenden sozialen Transfers flankiert werden müßte.

Welche Rolle spielen die Gewerkschaften?

Angesichts der damit verbundenen Zunahme der Verteilungauseinandersetzungen einmal zwischen Kapital und Arbeit, zum zweiten zwischen abhängig Beschäftigten und Unbeschäftigten hängen die finanziellen Spielräume für soziale Transfers zugunsten der aus dem Beschäftigungssystem Ausgegredeten in erster Linie von der Verteilung der primären Einkommen, das heißt Profit und Arbeitslohn, ab. Im Szenario der Neoklassik wird den Gewerkschaften - sofern sie überhaupt Berücksichtigung finden - eine fatale Rolle zugeordnet. Sie sollen dafür sorgen, daß die Entwicklung der Arbeitsein-

kommen im Rahmen der „produktivitätsorientierten“ Tarifpolitik innerhalb des sogenannten Produktivitätsfortschritts, der als Zunahme der Erwerbstätigenproduktivität definiert wird, bleibt.

Mit der Orientierung am Produktivitätsfortschritt wird ein historisch gegebenes Verteilungsverhältnis zwischen Kapital und Arbeit von vornherein als nicht veränderbar akzeptiert. Der tarifpolitische Unterschied zwischen Konzepten der „Sozialpartnerschaft“ und der „Gegenmacht“ besteht im Kern darin, daß erstere den ihnen so zugewiesenen verteilungspolitischen Rahmen im Interesse der Konkurrenzfähigkeit der jeweiligen Wirtschaftsbranchen grundsätzlich akzeptieren und innerhalb dieses Rahmens eine soziale Gestaltung durch Tarifverträge versuchen. Für eine solche gewerkschaftspolitische Strategie sind die positiven Handlungsmöglichkeiten zwangsläufig mit ökonomischer Prosperität und einer überlegenen oder zumindest starken Wettbewerbsposition der betreffenden Industriebranchen oder Wirtschaftssektoren verbunden. Eine über das kapitalistische Wirtschaftssystem hinausgehende Kritik beziehungsweise Konzepte einer nicht einzelwirtschaftlich, sondern gesamtgesellschaftlich fundierten ökonomischen Logik wirken dann funktionslos beziehungsweise als eher störende „antikapitalistische Rhetorik“.

Unter den durch die ökonomische Landnahme der DDR veränderten Bedingungen reduzieren sich die Handlungsfelder für dieses Politikmodell nicht nur auf wenige Branchen, sondern mit dem Hinweis auf die im Wirtschaftsraum der DDR zu tätigen Investitionen wird der vorher zugestandene Verteilungsspielraum zu verringern versucht. Unter diesen Bedingungen gerät eine bloß korporativ oder sektoral orientierte Strategie der Interessenvertretung in die Gefahr, nur noch „den Kampf aller gegen alle im eigenen Lager“⁹ moderieren zu können. Im Rahmen einer solchen Strategie sind Gewerkschaften auf das Ausnutzen der Spielräume verwiesen, die ihnen die Politik zuweist beziehungsweise das Kapital läßt. Das politische Selbstverständnis der DGB-Gewerkschaften als parteipolitisch unabhängiger und autonomer Einheitsgewerkschaften wäre dabei kaum weiter durchzuhalten. Vielmehr drohen Betriebssyndikalismus und lähmende gewerkschaftsinterne Auseinandersetzungen.

Die politische Ausgrenzung sozialistischer Tendenzen, die unter der Hand mit dem Aufbau unabhängiger, am bundesdeutschen Vorbild orientierter Gewerkschaften versucht wird, wirkt genau in diese Richtung - zum Schaden gewerkschaftspolitischer Handlungsfähigkeit.

Wenn es zu der zu befürchtenden Segmentierung der Arbeitsmarkt- und Lohnstrukturen in der DDR mit einer spürbaren Rückwirkung auf den bereits segmentierten bundesdeutschen Arbeitsmarkt in Richtung Lohnreduzierung für alle Formen gering qualifizierter Arbeit kommt, enthält ein koordiniertes tarifpolitisches Handeln der Gewerkschaften zentrale Bedeutung. Ebenso not-

9 F. Scharpf, Sozialdemokratische Krisenpolitik in Europa, Frankfurt/New York 1987, S. 335.

wendig werden staatliche Maßnahmen der arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Regulierung, um die zu erwartende „Schmutzkonzurrenz“ unterhalb der tariflichen Mindestnormen einzudämmen.

Darüber hinaus müssen Gewerkschaften geradezu Konzepte einer gesellschaftlichen Steuerung ökonomischer Prozesse und des Umbaus der nicht zukunftsfähigen Wirtschaftssektoren entwickeln, um Handlungsfähigkeit zu erlangen und sich in den betrieblichen Auseinandersetzungen nicht völlig aufzureiben. Die vielfach zitierte Formel, daß die Gewerkschaften ihre unmittelbare Schutzfunktion nur wahrnehmen können, wenn sie zugleich die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen zu gestalten versuchen, ist angesichts der Tatsache, daß die Mehrheit der politischen Parteien auf die Eigendynamik der Marktwirtschaft bei der Gestaltung dieses Systemwechsels setzen, von aktueller und zentraler Bedeutung. Es ist daher ein Ausdruck politischer Hilflosigkeit, wenn innerhalb der Gewerkschaften auf die Dynamik der Marktwirtschaft gehofft und auf eine gesamtgesellschaftliche Steuerung des ökonomischen und sozialen Umbruchs faktisch verzichtet wird.

Angesichts der notwendigen Umstrukturierungsmaßnahmen in allen Wirtschaftssektoren und des weitgehenden Umbaus des öffentlichen Sektors in der DDR reicht die gewerkschaftspolitische Konzentration auf die betriebliche und tarifpolitische Interessenvertretung bei weitem nicht aus. Diese Schwerpunktsetzung müßte in ein umfassendes beschäftigungs- und sozialpolitisches Entwicklungsprogramm für die DDR eingebettet sein. Ohne eine solche wirtschafts- und gesellschaftspolitische Konzeption degeneriert die gewerkschaftliche Interessenvertretung zu einem Nebeneinander von Betriebssyndikalismus und sozialer Sanitätskolonne. In der DDR gibt es heute sowohl einen in Relation zur BRD überdimensionierten industriellen wie auch öffentlichen Sektor.¹⁰ Positive Beschäftigungschancen werden über mittlere Frist daher überwiegend im Bereich der privaten Dienstleistungen liegen, während es in den anderen Sektoren überwiegend um die soziale Gestaltung von schmerzhaften Anpassungsprozessen gehen kann. Sollen die mit der Durchsetzung der freien Marktwirtschaft unvermeidlichen sozialen Grausamkeiten eingeschränkt werden, so muß zugleich konzeptionell über die ordnungspolitischen Grenzen des Modells Marktwirtschaft hinausgegangen werden. Davon ist aber bei den aktuellen Aktivitäten der DGB-Gewerkschaften in der DDR wenig zu spüren.

Der „Demokratische Sozialismus“ als „Dritter Weg“?

Blessing hat in seiner Antwort auf Wunder Eduard Heimanns Verständnis von Sozialpolitik als „revolutionärkonservative Doppelseitigkeit“ zum Ansatzpunkt genommen, um die Notwendigkeit einer permanenten Reform des Kapitalismus zu belegen. Es ist zutreffend, daß von *dem* Kapitalismus nicht geredet werden kann und daß sich sehr unterschiedliche kapitalistische

¹⁰ In der DDR waren 1988 50 Prozent der Erwerbstätigen in der Industrie, 21 Prozent beim Staat beschäftigt, in der BRD jeweils 40 bzw. 15 Prozent.

Systeme in bezug auf Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und soziale Sicherheit im historischen Prozeß herausgebildet haben. Eine zentrale Rolle haben dabei die Stärke und die Politik der jeweiligen nationalen Arbeiterbewegung gespielt, so daß es in einer Reihe von entwickelten Industrieländern zu einem politisch und sozial reguliertem Kapitalismus gekommen ist. Blessings theoretischer Rückgriff auf Heimanns Theorie vom Doppelcharakter der Sozialpolitik wirft jedoch mehr Fragen auf, als daß er zu einer Klärung beiträgt.

Heimann versteht Sozialpolitik in einem kapitalistischen System als „produktionspolitische Notwendigkeit, die . . . immer in einem Teilabbau des Systems, in einem Einbau fremder Ideen besteht“.¹¹ Dieser Grundgedanke, daß Sozialpolitik einerseits das kapitalistische System bewahrt, weil es eine bestandsgefährdende „Lücke“ dieses Systems schließt, andererseits dadurch dieses System schrittweise verändert, wird von Blessing zur Begründung des Demokratischen Sozialismus als ständige Gestaltungsaufgabe verlängert. Diese Interpretation des systemverändernden Charakters der Sozialpolitik mag zwar politisch verlockend sein, ist aber falsch. Bestimmte Tendenzen der kapitalistischen Produktionsweise, zum Beispiel die Ausdehnung der Arbeitszeiten, die Konkurrenz unter den abhängig Beschäftigten, die relative Rechtlosigkeit der arbeitenden Bevölkerung haben durch die Organisation von Gegenkräften über die gesetzliche Beschränkung des Arbeitstages, der Organisation von Gewerkschaften, die Verallgemeinerung der politischen Demokratie und die Errichtung sozialstaatlicher Elemente zu einer bestimmten sozialen und politischen Regulierung kapitalistischer Wirtschaftssysteme geführt. Die Sozialdemokratie „stellt auf ihre Weise ein Moment der Geschichte der subalternen Klasse auf dem Weg dar, der sie zur nationalen und Regierungsklasse werden läßt“,¹² das heißt es kommt zur Gestaltung der Politik durch die Arbeiterbewegung.

Blessing und der von ihm zustimmend zitierte Eduard Heimann irren aber, wenn sie davon ausgehen, daß „Sozialpolitik... der Einbau des Gegenprinzips in den Bau der Kapitalherrschaft und Sachgüterordnung, ... die Verwirklichung der sozialen Idee im Kapitalismus gegen den Kapitalismus“¹³ sei. Tarifpolitik und Arbeits- und Sozialrecht sind nicht gegen den Kapitalismus gerichtet, indem sie den Warencharakter der Arbeitskraft aufheben würden. Sie befähigen den einzelnen Arbeitskraftbesitzer jedoch dann, seine Arbeitskraft halbwegs geordnet verkaufen und immer wieder reproduzieren zu können. Diese Befestigung des Warencharakters der Arbeitskraft durch gewerkschaftliche Organisation und soziale Reform ermöglicht jedoch die Entwicklung der „zivilisatorischen“ Tendenzen der kapitalistischen Produktion, zum Beispiel die Durchsetzung kürzerer Arbeitszeiten und sozialer und politischer Rechte. Die Verknüpfung der Funktion des Arbeiters als eines Arbeitskraft besitzenden Subjekt auf der Ebene der einfachen Zirkulation mit

11 E Heimann, Soziale Theorie des Kapitalismus, Theorie der Sozialpolitik, Frankfurt/M 1980, S 190

12 Ch Buci-Glucksmann/G Therborn, Der Sozialdemokratische Staat, Hamburg 1982, S 108, Buci-Glucksmann/Therborn sprechen von einem Reformismus neuen Typs, dem Reformismus der passiven Revolution

politischen Rechten auf der Ebene der gesellschaftlichen Überbauten, das heißt die Etablierung der Demokratie als Staatsform markiert den politisch theoretischen Knotenpunkt zur Erklärung der Überlegenheit bestimmter kapitalistischer Gesellschaften gegenüber dem staatssozialistischen Entwicklungsmodell. Die Durchsetzung der Demokratie als Staatsform, so unvollständig und widersprüchlich das historisch auch geschehen ist, ermöglicht mit dem Eintreten der Arbeiterbewegung in die Politik und mit dem Ausbau sozialer und politischer Regulierungen eine politische Gestaltung ökonomischer Prozesse. Diese Formen politischer Kompromisse zwischen den Klassen kapitalistischer Gesellschaften haben jedoch den Klassengegensatz, das heißt den Gegensatz von Kapital und Arbeit, als Strukturmerkmal nicht aufgehoben und den Charakter der Lohnarbeit als eigentumslos und deshalb sozial abhängig nicht geändert. Die Massenarbeitslosigkeit spätestens seit 1974 in allen entwickelten kapitalistischen Ländern illustriert das ebenso wie die Aktualität großer Arbeitskämpfe. Auch sind diese sozialen und politischen Regulierungen als Resultat von politischen Kompromissen nicht irreversibel. Heimanns 1929 erschienene idyllisierende Annahme über den revolutionär-konservativen Doppelcharakter der Sozialpolitik wurde spätestens 1933 falsifiziert. Der stets labile politische Klassenkompromiß der Weimarer Republik wurde durch die Diktatur des Nationalsozialismus abgelöst.

Dieses Scheitern der Sozialdemokratie hat bereits Franz Neumann kritisiert: „Das naive Vertrauen in soziale Reformen, Erziehung und verfassungsmäßigen Charakter kann die Demokratie in Gefahr bringen.“ Buci-Glucksmann/Therborn haben diese Kritik erweitert: „Der sozialdemokratische Instrumentalismus der II. Internationale ließ die Arbeiterbewegung in all den Kompromittierungen steckenbleiben und vor diesem Primat der Politik in der Passivität verharren; umgekehrt trug der scheinbar antistatistische Instrumentalismus der III. Internationale dazu bei, ihre todbringenden Spaltungen zu vertiefen.“¹³

Aber auch jenseits solcher politischer Katastrophen sind politische und soziale Errungenschaften der Arbeiterbewegung an relativ prosperierende Phasen der Konjunkturentwicklung und eine starke Nachfrage nach Arbeitskräften gebunden. Wirtschaftskrise und Massenarbeitslosigkeit führten nicht nur zur Schwächung der Gewerkschaften, sondern auch zur Zurücknahme oder Durchlöcherung sozialer Rechte. Das ist uns ab 1975 und verstärkt nach 1981 vorgeführt worden. Es ist deshalb anzunehmen, daß die durch die rasche DDR-Landnahme entstehenden sozialen und ökonomischen Verwerfungen zu einer weiteren Deregulierung des Arbeits- und Sozialrechts und zum Abbau sozialer Leistungen genutzt werden. Insofern verharmlost die theoretische Orientierung an Heimanns Konzept der Sozialpolitik die politischen Risiken, denen sich die deutschen Gewerkschaften aktuell und in der Zukunft stellen müssen.

¹³ Ebenda, S. 108.

Diese Akzentuierung des sozialdemokratischen Sozialismusverständnisses unterschlägt, daß der „Demokratische Sozialismus“ spätestens 1974 politisch aus der gestaltenden Funktion und programmatisch in die Defensive gedrängt wurde. Es ist das Resultat einer reduzierten Sichtweise, wenn festgestellt wird, daß der Reformsozialismus im „welthistorischen Zweikampf zwischen dem marxistisch-revolutionären und dem revisionistisch-reformistischen Sozialismus . . . unwiderruflich gesiegt habe“.¹⁴ Denn dabei wird nicht nur vergessen, daß die tatsächliche Gestaltungsfunktion reformistischer Politik nur für eine Minderheit der entwickelten kapitalistischen Gesellschaften behauptet werden kann, sondern auch, daß nach wie vor die hegemoniale Rolle konservativer und marktradikaler Politik in den meisten kapitalistischen Ländern fortbesteht. Anders gesagt: Die Gestaltungsaufgaben gewerkschaftlicher Politik und damit das gewerkschaftliche Selbstverständnis können nicht auf den wörtlich bloß fiktiven Erfolg eines Sozialismusmodells konzentriert werden, wenn dieses Politikkonzept gegenüber dem herrschenden neokonservativen Modell nach wie vor faktisch erfolglos bleibt. Die durch die mit Arbeitskämpfen durchgesetzten Arbeitszeitverkürzungen haben die bundesdeutsche Gesellschaft nachhaltiger verändert als die gleichzeitige sozialdemokratische Oppositionspolitik.

Im Unterschied zur Beeinflussung und Gestaltung gesellschaftlicher Verhältnisse durch Regierungspolitik beziehungsweise durch die weitgehend passive Funktion einer parlamentarischen Opposition wirkt die gewerkschaftliche Betriebs- und Tarifpolitik *permanent* - wenn auch unter sich verändernden ökonomischen, sozialen und rechtlichen Rahmenbedingungen. Das markiert jedoch nur einen Unterschied. Darüber hinaus konturiert die gewerkschaftliche Tarif-, Arbeits- und Arbeitszeitpolitik in unmittelbarer Weise die Lebensbedingungen des Alltags der abhängig Beschäftigten und ihrer Angehörigen. Es spricht daher viel dafür, den gewerkschaftlichen Gestaltungsansatz umfassender zu verstehen als parlamentarisch und parteipolitisch akzentuierte Konzepte.

14 H. Heimann, Der Sieg des Reformsozialismus, in: GMH 4/1990, S. 251.